

**ONLINE-PUBLIKATION**

Andrej Sorokin

# **Die Verteidigung Leningrads: «zurück zu den Archiven»**

**In Moskau ist eine neue Sammlung bisher  
unbekannter historischer Dokumente  
und Materialien erschienen**

**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

DR. ANDREJ K. SOROKIN, Jahrgang 1959, ist Historiker. 1991 gründete er den Verlag Rosspen (Russische politische Enzyklopädie). 2008 rief er das Projekt «Geschichte des Stalinismus» ins Leben, eine Sammlung einschlägiger Veröffentlichungen in mehr als 230 Bänden. Er ist Mitglied des Akademischen Rates des föderalen Archivdienstes Russlands und Direktor des Russischen Staatsarchivs für Soziale und Politische Geschichte (RGASPI).

#### IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 5/2020

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: April 2020

Übersetzung: Vera Kurlenina und Utku Mogultay, Gegensatz Translation Collective

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

## INHALT

Über das Ausmaß der Wehrbereitschaft	5
«Militärische Niederlage»	6
Verluste unter der Zivilbevölkerung	7
Die Evakuierung	8
Leningrader Elite	8
Versorgung mit Lebensmitteln	9
Alltagsleben in der Stadt	10
Fazit	11

ANDREJ SOROKIN

# **DIE VERTEIDIGUNG LENINGRADS: «ZURÜCK ZU DEN ARCHIVEN»**

**IN MOSKAU IST EINE NEUE SAMMLUNG BISHER UNBEKANNTER  
HISTORISCHER DOKUMENTE UND MATERIALIEN ERSCIENEN**

Die Verteidigung Leningrads 1941–1945: In der Geschichte des Krieges, den Nazideutschland mit seinen Verbündeten gegen die Sowjetunion geführt hat, gibt es kaum eine Schlacht, die vergleichbar wäre, was die Dauer und die Beharrlichkeit, mit der sie geführt wurde, und die Anzahl der Opfer betrifft. Dieses bedeutsame Ereignis ist in die historische Erinnerung als die «Blockade» eingegangen. Zeitgenössische russische Historiker\*innen sind der Meinung, dass es nicht weniger berechtigt und sogar passender wäre, von diesem großen Ereignis als der Verteidigung Leningrads zu sprechen. Denn die Stadt war den äußeren Kräften nicht passiv ausgesetzt, vielmehr war sie ein Akteur, ein Subjekt – sie hat sich dem zerstörerischen Einfluss von außen aktiv widersetzt und konnte letztendlich standhalten. Und sie konnte nicht zuletzt dank dem Beitrag der Zivilbevölkerung das belagerte Gebiet erfolgreich verteidigen.

Ende 2019 ist im Moskauer Verlag *Političeskaja énciklopedija* eine umfangreiche Textsammlung erschienen, die diesem tragischen Kapitel in der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges und des Zweiten Weltkrieges gewidmet ist. Der Verleger, Herausgeber und Kommentator dieser Publikation ist der bekannte russische Historiker und Direktor des Russischen Staatsarchivs für sozio-politische Geschichte (russ. *Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii*, abgekürzt RGASPI) Andrej Sorokin. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung kooperiert in den letzten Jahren aktiv mit dieser Einrichtung, die das Archiv der Komintern – das sogenannte «Parteiarchiv» – ebenso wie Privatarchive bedeutender Persönlichkeiten der sozialistischen und der kommunistischen Bewegung der ehemaligen UdSSR und anderer Länder beherbergt.

Aus eben den Magazinen dieses – an der Bolschaja-Dmitrowka-Straße in Moskau gelegenen – Archivs hat Sorokin 281 Dokumente der höchsten Organe der parteipolitischen Führung der Sowjetunion aus den Kriegsjahren ausgewählt und kommentiert. Nahezu alle Dokumente wurden dadurch zum ersten Mal für die Wissenschaft zugänglich gemacht; sie sind wortgetreu veröffentlicht, unvermeidbare Kürzungen wurden im Text gekennzeichnet. Die Dokumente sind chronologisch von Juni 1941 bis März 1945 (Auswertung der Verteidigung) geordnet und in sieben thematische Abteilungen gegliedert: die Lage an der Nordwestfront und der Leningrader Front; die Evakuierung der Bewohner\*innen Leningrads und der Betriebe; die Industrieproduktion in Leningrad während des Krieges und der Ausbau von Versorgungswegen über den Ladogasee; die Lebensmittelversorgung in Leningrad und im Leningrader Gebiet; diverse Aspekte des Alltagslebens in der Stadt; die Partisanenbewegung in den umliegenden Gebieten.

Andrej Sorokin versucht, diese Publikation in den Gesamtkontext der geschichtswissenschaftlichen Diskussion rund um den 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs einzuordnen. Zudem betont er, dass wir nicht wirklich nach Antworten auf die Fragen suchen, die die Gesellschaft beschäftigen, sondern Spekulationen gegenüber der Analyse historischer Fakten und Dokumente vorziehen.

Diese Besonderheit des russischen Gesellschaftsbewusstseins ist schon dem Klassiker der russischen Geschichtswissenschaft Wassili Ossipowitsch Kljutschewski aufgefallen, der vor hundert Jahren in seinem Tagebuch schrieb: «Man hat sich für schöne historische Figuren und dramatische Episoden interessiert – für Dinge eben, für die sich Kinder oder unreife Erwachsene interessieren – und nicht für Geschichte. Das historische Bewusstsein der Gesellschaft basiert auf dem Grundbaustein der Anekdote». Man kann es nur bedauern, dass heutzutage die Stereotypen des Massenbewusstseins das geschichtswissenschaftliche Wissen (und die Erkenntnisse anderer Wissenschaften) zunehmend verdrängen und, mehr noch, dass im Zuge dessen die Notwendigkeit des akademischen Wissens als solches infrage gestellt wird. Vertreter\*innen gegensätzlicher Weltanschauungssysteme verfechten die Notwendigkeit von Mythen für die Bildung eines funktionierenden nationalen Bewusstseins. Äußerst heroische und äußerst negative «Anekdoten» über die russische historische Vergangenheit überfüllen das Massenbewusstsein bis an den Rand. Es versteht sich, dass die Anekdote, ebenso wie der Mythos, weder Fakten noch Dokumente nötig hat.

Vermutlich bleiben eben deshalb bis heute ganze Archivkomplexe wenig gefragt, darunter auch Dokumente zur Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges, trotz der vielen Diskussionen um dieses Thema. Das betrifft auch die Verteidigung Leningrads. In dieser Textsammlung sind Dokumente aus den Archiven des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR (russ. *Gosudarstvennyj komitet oborony*, abgekürzt GKO), aus dem Zentralstab der sowjetischen Partisanenbewegung, aus dem Komsomolarchiv, aus den Privatarchiven I. W. Stalins, A. A. Schdanows, A. A. Mikojans, W. M. Molotows und anderer zusammengestellt. Die Benutzungslisten einer

ganzen Reihe dieser Archivakten enthalten keinerlei Einträge – sie hat *niemand* in der Hand gehalten bis auf diejenigen, die vor über 70 Jahren diese Dokumente erstellt haben und die Archivar\*innen, die sie beschrieben haben.

Der Autor hat nach eigenen Angaben in diesen Mappen keine erschöpfenden Antworten gesucht, doch er hat in ihnen Ausgangspunkte gefunden, um eine Reihe von Fragen zu formulieren, deren strukturierte Gesamtheit das Themenfeld der wissenschaftlichen Erforschung absteckt. Und genau diese Fragen, die *als Ergebnis* der Untersuchung der Dokumente aus einem konkreten Archiv entstanden sind, teilt der Autor mit dem interessierten Publikum.

## ÜBER DAS AUSMASS DER WEHRBEREITSCHAFT

Es ist bekannt, dass der Große Vaterländische Krieg einen für das Land tragischen Anfang genommen hat und die Frage nach dem Ausmaß der Wehrbereitschaft erhitzt schon seit langem die Gemüter. Die Archivadokumente erlauben uns diese Frage von unten zu betrachten, mit den Augen der Untergebenen. Am 14. Juli 1941 schrieb eine Gruppe von Kommunist\*innen aus dem Ostrowski-Bezirk des Leningrader Gebiets einen empörten Brief an Stalin. «Es hat sich herausgestellt, dass die Grenzstadt Ostrow und ihre Umgebung», so der Brief, «auf die moderne Kriegsführung völlig unvorbereitet war. Schlecht geschützt stand sie schon am Morgen des 4. Juli in Flammen, es brannten Lager, das Erdöllager, die Leinenfabrik und die Eisenbahnstation. Die Bevölkerung war gezwungen auf eigene Gefahr aus der Stadt zu fliehen, es gab keine rechtzeitigen Informationen über die Evakuierung. Verbreitet keine Panik, dafür wird man erschossen, dass behaupteten bis zuletzt die leitenden Parteifunktionäre des Bezirks.» Es war das gute Recht der einfachen Bürger\*innen, das Vorgehen der lokalen Verwaltung zu beanstanden, wobei ihre Leiter\*innen auch selber nicht wussten, was man in dieser Situation unternehmen sollte. Die örtlichen Leiter\*innen hatten für den Fall des Kriegsausbruchs keinerlei Plan zur Hand. Mit vergleichbaren Problemen hatte nicht nur Ostrow zu kämpfen.

Die mangelnde Wehrbereitschaft wurde vor allem auf politischer und administrativer Ebene deutlich und der Hauptgrund dafür war, dass Stalin sich über die Absichten Hitlers auf verhängnisvolle Art und Weise geirrt hatte. Durch den Zusammenbruch der Kommunikation agierten die höchsten Verwaltungsorgane sehr unkoordiniert, sodass Entscheidungen möglich wurden wie etwa die Anordnung des Politbüros vom 24. Juni 1941 zur Bereitstellung von Mehl und Mais für den Verkauf an die Bevölkerung der Berggebiete der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, die bereits durch die Wehrmacht besetzt waren.

Ein markantes Beispiel für diese Problematik ist die Geschichte der Einrichtung des Hauptquartiers des Oberkommandos der Streitkräfte (russ. *Stavka Glavnogo komandovanija Vooružennyjch Sil*) infolge einer Reihe improvisierter Entscheidungen. Das Hauptquartier wurde am 23. Juni 1941 gegründet, doch Stalin weigerte sich es zu leiten, weshalb der Volkskommissar für Verteidigung S. K. Timoschenko zum Vorsitzenden ernannt wurde. In dem Machtsystem, das sich etabliert hatte, war dieser jedoch nicht befugt endgültige Entscheidungen zu treffen, was unmittelbar zur Zerrüttung der Militärleitung und weiterer Bereiche führte.

Erst am 10. Juli wurde das Hauptquartier des Obersten Kommandos (russ. *Stavka Verchovnogo komandovanija*) eingerichtet, nun unter dem Vorsitz Stalins. Am 19. Juli 1941 wurde Stalin durch einen Beschluss des Politbüros zum Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR ernannt; er löste damit Timoschenko von diesem Posten ab. Erst am 8. August wurde Stalin durch ein Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zum Obersten Befehlshaber aller Einheiten der Roten Arbeiter- und Bauernarmee und der Marine berufen.

Was den weit verbreiteten Mythos von der Ratlosigkeit Stalins in den ersten Kriegstagen angeht, so spiegelt dieser in veränderter Form sowohl die Krise der Regierungsführung wider als auch die persönliche psychische Krise Stalins, zu der es in der Tat vom 28. bis zum 30. Juni gekommen ist. In diesen Tagen eskalierte die, mit der Einnahme von Minsk, verbundene Krise. Nachdem am Vortag im Generalstab untersucht wurde, warum die Stadt nicht gehalten werden konnte, erschien Stalin am 29. Juni nicht im Kreml, was sein Umfeld beunruhigte. Am 30. Juni suchten ihn die Mitglieder des Politbüros in seiner «nächstgelegenen» Datscha in Kunzewo auf, wo die Entscheidung fiel, das Staatliche Verteidigungskomitee (russ. *Gosudarstvennyj Komitet oborony*, abgekürzt GKO) mit Stalin als Vorsitzendem zu gründen.

Allmählich liefen im GKO alle Machtfäden des im Kriegszustand befindlichen Landes zusammen und es stellte sich heraus, dass die Einrichtung dieser Leitungsinstitution die richtige Entscheidung war – es handelte sich dabei um ein Pendant zum Rat für Arbeit und Verteidigung (russ. *Sovet Truda i Oborony*) aus den Bürgerkriegsjahren, der so sehr in Vergessenheit geraten war, dass das Projekt zur Einrichtung des GKO spontan entstand und von Malenkow unmittelbar während der Beratung aufgeschrieben wurde. Stalin und Molotow nahmen zudem Korrekturen vor. Man sollte also besser nicht von der Prostration Stalins, sondern vom Kollaps der für den Kriegsfall vorgesehenen Regierungsstrukturen sprechen. Die Legitimität des Regimes, dass in diesen Tagen

geschaffen wurde, ist zum entscheidenden Faktor des Sieges geworden. Das GKO traf während des Krieges 9971 Beschlüsse, die alle Lebensbereiche des Landes betrafen.

Die akute Phase der Führungskrise in Moskau endete im August 1941. Doch in Leningrad blieben die Verhältnisse zwischen den zivilen Behörden und der militärischen Leitung weiterhin ungeklärt. Stalin setzte für die Leitung der Verteidigung Leningrads nur Menschen ein, die sein persönliches Vertrauen genossen. Scharf wurden die Fehler kritisiert, die K. J. Woroschilow und A. A. Schdanow begangen haben: ihr Versuch, sich aus der Bildung des Rats für die Verteidigung Leningrads herauszuhalten; die Duldung von gewählten Kommandeur\*innen auf Bataillonsebene; Verzögerungen bei der Evakuierung der Bevölkerung Leningrads; Fehler beim Bau der Befestigungslinie; der ununterbrochene Rückzug vor dem Feind und der Mangel an Initiative beziehungsweise die versäumte Organisation von Gegenangriffen.

## «MILITÄRISCHE NIEDERLAGE»

Im Herbst 1941 wurde deutlich, dass die Rote Armee im Begriff war, eine Niederlage zu erleiden und dadurch das Überleben nicht nur des Sowjetstaates, sondern auch der Gesellschaft als solcher zu gefährden. Von den Umständen dieser Niederlage zeugen zahlreiche Dokumente.

Ein Großteil der Armee war offenbar demoralisiert. Am 8. Juli berichtete der Korpskommissar W. N. Bogatkin dem Leiter der Hauptverwaltung für politische Propaganda L. S. Mechlis: «Bis heute ist den Einheiten, vor allem den Infanterietruppen, eine gewisse Haltungslosigkeit anzumerken, eine Angst vor dem Feind, insbesondere vor seinen Fliegern und Panzern».

N. A. Bulganin, Mitglied des Rats der Westfront und stellvertretender Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der Sowjetunion sowie der zukünftige Marschall K. A. Merezkow lehnten in ihrem Schreiben vom 15. September 1941 aus Waldai den Vorschlag des Hauptquartiers ab, ihnen die neuesten Mehrfachraketenwerfer («Katjuschas») zur Verfügung zu stellen. Dies aus Besorgnis darüber, dass diese im Fall eines ungeordneten Rückzugs möglicherweise in die Hände des Feindes fallen könnten, da die Truppen wenig widerstandsfähig seien. Hinzu kommen die fast zeitgleichen Meldungen von ebenjenem Bogatkin: «[...] die Soldaten und die Kommandeure wollen kämpfen und sind nicht selten empört, dass wir uns die ganze Zeit nur immer weiter zurückziehen». Das ist ebenfalls eine Wahrheit über den Krieg, auch was die Nordwestgebiete und die Leningrader Front betrifft.

In Anbetracht der eben zitierten Meldungen scheint es kein Zufall zu sein, dass am 16. August 1941 das Hauptquartier des Oberkommandos der Roten Armee den Befehl Nummer 270 erteilte, der harte Maßnahmen gegen Kommandeur\*innen und Politikader vorsah, die das Schlachtfeld verließen oder vom Feind gefangen genommen wurden. Wie bekannt ist, umfasste dieser Befehl auch die Strafverfolgung von Familienmitgliedern dieser Militärangehöriger. Diesbezüglich gilt es zu beachten, dass die militärische Führung dabei ihre Befugnisse überschritt, indem sie ihre Gerichtsbarkeit auf die Zivilbevölkerung ausweitete. Auf diese Weise wurde die Androhung von Repressalien zu einem der Mittel, um den Kampfgeist der Truppen zu heben. Im September 1941 beorderte Stalin den Armeegeneral G. K. Schukow an die Leningrader Front.

Es waren unglaubliche Anstrengungen und härteste Maßnahmen bis hin zu Vergeltungsmaßnahmen vonnöten, um die Truppendisziplin und den Kampfgeist der Armee wiederherzustellen und damit ihre Bereitschaft, Widerstand zu leisten und zu siegen. Ebenso bekannt ist der Befehl Nr. 227 vom 28. Juli 1942 «Über Maßnahmen zur Festigung der Disziplin und der Ordnung in der Roten Armee und das Verbot, die Kampfstellungen eigenmächtig zu verlassen», der den berühmten Aufruf «Nicht einen Schritt zurück!» enthält.

Die Personalprobleme der Roten Armee beschränkten sich jedoch nicht auf den zeitweiligen Verlust des Kampfgeistes. In der Anfangsetappe des Kriegs mussten die Stalinschen Militärkader ihre charakterliche Eignung und professionelle Tauglichkeit unter Beweis stellen, die erst nach den politischen Säuberungen der Führung der Roten Armee Ende der 1930er Jahre in ihre Leitpositionen gekommen waren. Viele der Kommandeur\*innen waren auf die ihnen zuteilgewordene Rolle unvorbereitet. In der Textsammlung ist der wenig bekannte Befehl des Volkskommissars für Verteidigung Nr. 0391 vom 4. Oktober 1941 «Zu den Fakten von Ersetzung der Erziehungsarbeit durch Repressalien» angeführt. Darin heißt es unter anderem: «In der letzten Zeit häufen sich die Fälle gesetzeswidriger Repressalien und größter Amtsüberschreitungen vonseiten einzelner Kommandeure und Kommissare gegenüber ihren Untergebenen [...] Unbegründete Repressalien, Willkür und Handgreiflichkeiten [...] sind Zeichen der Willenlosigkeit und Unfähigkeit; oft haben sie das Gegenteil des Erwünschten zur Folge: Sie befördern den Verfall der Truppendisziplin und des politisch-moralischen Zustands der Truppe und können psychisch labile Soldaten dazu bewegen, zum Feind überzulaufen [...] Einzelne Kommandeure und Politarbeiter verlieren in schwierigen Gefechtsbedingungen die Fassung, geraten in Panik und versuchen, ihre Ratlosigkeit durch den gänzlich unbegründeten Waffengebrauch zu kaschieren.»

Der schlechte Ausbildungsstand der Militärkader zeigte sich auch in den obersten Ebenen der Militärführung. Am 1. April 1942 erließ das Zentralkomitee der Kommunistischen Allunionspartei (Bolschewiki) (russ. *Central'nyj komitet vsesojuznoj kommunističeskoj partii (bol'shevikov)*, abgekürzt ZK der WKP(b)) die Anordnung «Über die Arbeit des Genossen Woroschilow». Der Finnlandkrieg (1939–1940) hatte erhebliche Probleme und Rückständigkeit in der Führung des Volkskommissariats für Verteidigung offenbart. Das ZK resümierte, dass «Genosse Woroschilow die ihm übertragene Aufgabe nicht erledigen konnte und es nicht geschafft hat, die Verteidigung Leningrads zu organisieren». Woroschilow wurde vom Posten des Volkskommissars für Verteidigung entlassen und in den rückwärtigen militärischen Dienst abkommandiert.

Wäre es im Sommer und Herbst 1941 möglich gewesen zu verhindern, dass Leningrad eingeschlossen wird? Die vielen Denkfehler bei der Organisation der Truppenverwaltung, in der Koordination unterschiedlicher Truppengattungen, bei der taktischen Ausbildung und bei der Versorgung, die die Lektüre der zugänglichen Dokumente offenbart, zeugen davon, dass die Blockade nicht schicksals ergeben war. Noch von Ende August bis Anfang September finden sich in den Dokumenten immer wieder Ausfälle Stalins gegenüber der Leitung Leningrads: «Ich bin beunruhigt durch die für mich unerklärliche Untätigkeit der Leningrader Führung [...]. Ich befürchte, dass Leningrad auf eine idiotisch dumme Art und Weise geräumt wird und dass alle Leningrader Divisionen Gefahr laufen, gefangengenommen zu werden [...]. Wir sind über euer Verhalten empört, darüber, dass ihr immerzu über Gebietsverluste berichtet. Habt ihr vielleicht schon vorab beschlossen, Leningrad aufzugeben?».

Anfang September wurde die Lage an der Leningrader Front kritisch. In der Nacht zum 4. September beschließt der Militärat ein Verteidigungsplan. Zentraler Punkt der getroffenen Entscheidungen war, dass die Stadt nicht kapitulieren sollte. Die Bodenabwehr sollte im Hinblick auf einen möglichen Kampf unter Belagerungsbedingungen gestaltet werden. Die Verteidigungsgürtel verliefen zudem auch innerhalb des Stadtgebiets, nicht nur im Vorland.

## VERLUSTE UNTER DER ZIVILBEVÖLKERUNG

Für das gesellschaftliche Bewusstsein bleibt die Frage nach den Verlusten unter der Zivilbevölkerung am schwierigsten. Genauso schwierig war sie auch für die Partei- und Staatselite der Sowjetunion. 1945 erschien als eine gesonderte Broschüre der «Bericht der Leningrader Kommission über die vorsätzliche Ermordung der Zivilbevölkerung Leningrads durch die deutsch-faschistischen Barbaren und den Schaden an der Infrastruktur und den kulturgeschichtlichen Denkmälern der Stadt in der Kriegszeit und während der Blockade». So seltsam es uns heute erscheint, wird in dieser Schrift die Frage nach dem Hunger und den eines Hungertods gestorbenen Stadtbewohner\*innen völlig außer Acht gelassen. Andere Verluste stehen im Vordergrund – in erster Linie durch Bombenangriffe und Artilleriefeuer.

Dabei war die Tatsache des massenhaften Hungersterbens dokumentiert und blieb für niemanden ein Geheimnis. Im Privatarchiv Schdanows werden zwei Berichte aufbewahrt: «Über die Anzahl der Einträge ins Geburten- und Sterberegister der Stadt Leningrad in den Jahren 1941–1944» und «Über die Anzahl der Einträge ins Geburten- und Sterberegister des Leningrader Gebiets in den Jahren 1941–1943 sowie in den Monaten Januar bis Februar 1944».

Insgesamt wurden nach Angaben der Verwaltung für volkswirtschaftliche Rechnungsführung und des Standesamtes während der Blockade in Leningrad 645.857 Sterbefälle registriert. Eine entsetzliche Statistik!

Die Archive enthalten auch andere Berichte aus dem Jahr 1944 über die Anzahl der Verstorbenen aufgeschlüsselt nach Todesursachen. An Tuberkulose starben im Jahre 1943 10,72 Prozent und 1944 9,81 Prozent, durch Bomben und Granaten jeweils 9,54 und 7,44 Prozent, durch Herzkrankheiten jeweils 14,34 und 8,83 Prozent, durch Mangelkrankungen und Skorbut jeweils 1,63 und 0,38 Prozent, durch Diphtherie jeweils 12,2 und 1,29 Prozent, durch andere Erkrankungen jeweils 51,55 und 72,25 Prozent. Es gibt auch detaillierte Daten zum Leningrader Gebiet. Welche konkreten Todesursachen unter der Rubrik «sonstige Krankheiten» zusammengefasst wurden, kann man nur durch den Vergleich mit den Daten aus der Ersterfassung durch die Standesämter herausfinden. Die Vermutung liegt nahe, dass unter dieser Rubrik wohl hauptsächlich die Daten über die Hungertoten vermerkt wurden.

Aus denselben Dokumenten geht hervor, dass in den Jahren 1941/42 die Sterbefälle nicht nach Todesursachen aufgeschlüsselt wurden. Deshalb werden wir wohl nie die genaue Anzahl der Bewohner\*innen Leningrads und des Leningrader Gebiets feststellen können, die an Hunger gestorben sind.

## DIE EVAKUIERUNG

Der Umfang und die Art der Evakuierungsmaßnahmen waren beispiellos. Als Ergebnis dessen konnten innerhalb kürzester Zeit höhere militärische Produktionskapazitäten als in der Vorkriegszeit erreicht werden. Schon am 2. Juli 1941 erließen das ZK der WKP(b) und der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion einen gemeinsamen Beschluss «Über die Entlastung Leningrads von den Betrieben des Volkskommissariats für Munition». Das war der erste Beschluss dieser Art, der Leningrad betraf. Am 7. Juli begann die Evakuierung von Familien von Arbeiter\*innen und Angestellten der Stadt. Streitbar bleibt die Frage nach der Gesamtanzahl der evakuierten Stadtbewohner\*innen während der Blockade.

In Schdanows Privatarchiv befindet sich ein vom Leiter des Stadtbüros für Erfassung und Lenkung von Arbeitskräften, A. Smirnow, gezeichneter Bericht vom 6. April 1943 über die Evakuierung. Darin wird mitgeteilt, dass vom 1. August 1941 bis zum 1. April 1943 aus Leningrad 1.743.129 Personen evakuiert wurden (Militärangehörige nicht miteingerechnet).

Der Vergleich mit den Meldungen aus dem Privatarchiv Mikojans zeigt, dass vom 21. Januar bis zum 20. April 1942 über die Ladogasee-Route 514.069 Personen evakuiert wurden. Die Frage, warum die Massenevakuierung über die Eisstraße erst Ende Januar angefangen hat und nach mehrfachem Hinweis aus Moskau, ist eine der schwierigsten Fragen. Später wurden laut Berichten aus dem Privatarchiv Mikojans im RGASPI in der Navigationsperiode vom 22. Mai 1942 bis zum 7. Januar 1943 528.400 Personen aus Leningrad evakuiert, davon 83.011 Personen im Winter über die «Eisroute» über den Ladogasee.

Ursprünglich war die «Eisstraße» – so wird sie in den Unterlagen genannt – vor allem für die Materialversorgung bestimmt. Und sogar unter diesem Gesichtspunkt wurde ihr von der Führung keine große Bedeutung zugemessen. Die formelle Entscheidung über ihre Errichtung wurde durch den Militärrat der Leningrader Front auf Anregung Schdanows am 19. November 1941 getroffen, obwohl der erste Strang bereits am 18. November eingerichtet wurde und am 22. November die ersten Kraftfahrzeuge übers Eis fuhren. Da es sich jedoch als unmöglich herausstellte die Blockade zu durchbrechen, kam Verständnis für «die außerordentliche Bedeutung der Versorgung Leningrads mit Lebensmitteln und der Leningrader Front mit Ausrüstung und Munition» auf dem Wasserweg über den Ladogasee auf. Die Gesamtlänge der Straße betrug 308 km pro Richtung, dabei war das Fahrtempo äußerst niedrig; die Transporte waren zehn Tage unterwegs. Im Dezember 1941, nachdem die Deutschen bei Tichwin geschlagen wurden, verkürzte sich die Streckenlänge auf 111 km als auch die Fahrzeit. Es wurden nun gleichzeitig sechs Streckenstränge benutzt. Die durchschnittliche Beförderungsmenge pro Tag wuchs schnell. Im November und Dezember betrug sie 376 Tonnen, im April bereits 3695 Tonnen.

## LENINGRADER ELITE

Wie effizient die Arbeit der Stadtleitung und der Truppenführung war, hing nicht zuletzt von der moralisch-psychischen Verfassung der Amtsträger\*innen ab. In welchem Zustand befand sich die Leningrader Elite zu Beginn der Blockade und in welcher Verfassung waren die Eliten des ganzen Landes, als sich die Herausforderungen der ersten Kriegsphase abzeichneten? War sie innerlich mobilisiert und psychisch auf die bevorstehenden Herausforderungen vorbereitet? Es lohnt sich, diesen Fragen nachzugehen. In den im RGASPI aufbewahrten Akten der Abteilung für Parteiorgane des Büros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion für die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (russ. *Bjuro Central'nogo Komiteta Kommunističeskoj partii Sovetskogo Sojuza po RSFSR*, abgekürzt ZK KPSS für die RSFSR) findet sich ein Brief von I. T. Iwankin an N. S. Chruschtschow vom 15. März 1955. Iwankin, in den Kriegsjahren war er Leiter der Abteilung für Propaganda und Agitation des Wyborgski Bezirkskomitees der WKP(b) und Ende der 1940er Jahre wurde er zum Sekretär des Gebietskomitees von Nowgorod ernannt, schildert in diesem Schreiben den Inhalt seines letzten Gespräches mit einem der Leiter der Verteidigung Leningrads, Pjotr Popkow, kurz vor dessen Festnahme im Jahr 1949. Zu diesem Zeitpunkt war Popkow Erster Sekretär des Gebietskomitees und des Stadtkomitees von Leningrad. Er wurde zu einem der zentralen Protagonisten der «Leningrader Affäre», einer Säuberung des Parteiapparats nach dem Krieg. Popkow wurde 1950 erschossen und 1987 rehabilitiert. Bei diesem Gespräch beschwerte sich Popkow bei Iwankin über Malenkov, der «uns zähneknirschend bei Stalin anschwärzt und dabei fleißig alle möglichen Spinnereien in die Welt setzt», darunter auch diese: «Als die Hitlertruppen unmittelbar vor Leningrad standen, sollen angeblich Kusnezow, der Sekretär des Stadtkomitees der KPdSU und Mitglied des Militärrats der Leningrader Front und K. J. Woroschilow, der Oberbefehlshaber der Leningrader Front, Schdanow nachdrücklich nahegelegt haben, Leningrad zur offenen Stadt zu erklären, so wie es die Italiener mit Rom gemacht haben. Sie argumentierten damit, dass wir keine ausreichende militärische Stärke hätten, um Leningrad zu verteidigen, und dass bei der Verteidigung [...] historische und kulturelle Denkmäler der

Stadt zerstört werden würden». Unabhängig davon wie realitätsnah Malenkows «Anschwärzungen» waren, ist allein das Vorhandensein eines solchen Diskurses ein Zeichen für die psychische Labilität des sozialen Milieus, dass sie hervorbrachte.

Die Stimmung innerhalb der Eliten war gedrückt, davon zeugt auch ein Brief Schdanows an Stalin vom 9. Juni 1942, in dem er zugibt: «Trotz aller vortrefflichen Eigenschaften des Leningrader Volkes muss man die ganze Zeit aufpassen, dass niemand den Kopf hängen lässt, denn es gibt nicht wenige Anzeichen für eine Depression – auch im Parteiaktiv – und sie mehren sich durch die anhaltende Blockade noch weiter».

## VERSORGUNG MIT LEBENSMITTELN

Viele Aspekte der Blockadegeschichte sind bis heute ungenügend erforscht, darunter auch die Frage nach der Lebensmittelversorgung und der Rationierung. Vor dem Beginn der Invasion der Wehrmacht wurden in Leningrad erhebliche Lebensmittelvorräte zentral angelegt. Mit Stand vom 21. Juni 1941 reichten die Grützevorräte für 89 Tage, die Butternvorräte für 47 Tage, die Pflanzenölvorräte für 29 Tage. Wie sich herausstellte, wurde die Frontarmee zunächst mit diesen Vorräten versorgt. «Der Lebensmittelnachschub war seit den ersten Kriegstagen erschwert», stellte der Autor des Berichts, Lasutin, fest, «und die ankommenden Lieferungen konnten den Bedarf nicht decken». Am 27. August 1941 wurde die Lebensmittellieferung über den Schienenweg komplett eingestellt. Die einzigen Beförderungsmittel waren nun der Schiffs- und der Lufttransport, die den Umfang der nötigen Lieferungen nicht bewältigen konnten.

Der schwierigste Monat der Blockade war der Dezember 1941. Die amtlichen Dokumente stellten fest: «Die sinkenden Lebensmittelvorräte haben zur Folge, dass die Lebensmittelversorgung der Stadtbevölkerung in einem schlechten Zustand ist. Mit Stand vom 1. Dezember 1941 hatte die Stadt genug Mehl um die Bevölkerung 13 Tage lang zu versorgen, es gab genug Grütze und Makkaroni für 3,9 Tage, Fleisch für 3,3 Tage, Fette für 7,3 Tage, Zucker und Süßwaren für 17 Tage».

Die Organisation der «Gemeinschaftsverpflegung» sollte zur Sicherung der Lebensversorgung eine wesentliche Rolle spielen – eine fast unbekannte Tatsache. Die im Sommer und Herbst 1941 eröffneten Kantinen stellten ihre Arbeit auch im Winter 1941/42 nicht ein. Die Nahrungsrationen wurden um Roggen, Weizen, Haferkleie, Presskuchen, Casein, technische Gelatine, Sojaschrot, Sojamilch, essbare Cellulose und pflanzlichen Kaviarersatz ergänzt.

Laut dokumentarischen Quellen hatten über 80 Prozent der Zivilbevölkerung Zugang zu Gemeinschaftsverpflegung, einschließlich der Verpflegung in Kindergärten, Krippen, Waisenhäusern, Invalidenheimen und so weiter. Das Gemeinschaftsverpflegungssystem wurde auch als Mobilisierungsinstrument eingesetzt – über die Gemeinschaftsverpflegung wurde ein System der Arbeitsförderung eingeführt. Die Arbeiter\*innen, die ihre Arbeitsnormen übererfüllten, bekamen «Stachanow-Essensmarken», insgesamt wurden täglich 55.000 Stück verteilt.

Moskau beobachtet die Entwicklungen in Leningrad aufmerksam. Im schwierigen Winter 1941/42 informiert Mikojan Schdanow mehrmals über Lebensmittellieferungen in höherem Umfang als geplant. Die Versorgungsstandards für die Zivilbevölkerung wurden aber, wie aus den Dokumenten hervorgeht, von der Stadt ausgearbeitet und nicht von oben herab diktiert.

«Die Stimmung ist gut bei uns, beunruhigend ist vor allem, dass wir Hunger haben», schrieb Schdanow in seinem Brief vom 5. Dezember 1941 an Stalin. Wie sehr die Parteinomenklatura einer Stadt, deren Bevölkerung im Begriff war, massenhaft vor Hunger zu sterben, tatsächlich Hunger erleiden musste – dieser Frage gilt traditionell viel Aufmerksamkeit. Der Verfasser ist jedoch der Meinung, dass ihr keine erhebliche Bedeutung beizumessen sei. Niemals in der Geschichte waren die Herrschenden und die Beherrschten gleichermaßen mit Lebensmitteln und anderen Wirtschaftsgütern versorgt. Das hätte man in einer eingekesselten Stadt, wie auch in anderen Krisensituationen, schwerlich erwarten können. Das Problem der Leningrader Elite – wie auch der ganzen Sowjetelite – bestand darin, dass sie einer herrschenden Klasse angehörte, die unermüdlich das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit proklamierte.

Dabei war dieses Prinzip im Bewusstsein der breiten Massen stark verankert und wurde in seiner simpelsten Form kultiviert, eben als die Notwendigkeit der Gleichmacherei in allem. Das war nicht zuletzt dem primitiven Niveau des Diskurses über den Sozialismus geschuldet, wie ihn die Bolschewiken selbst aufgebaut hatten. Gleichzeitig ist es wichtig zu eruieren, inwieweit die Oberschicht der Leningrader Elite zu Selbstbeschränkungen bereit war und wie stark das Missverhältnis des Konsums zwischen den Herrschenden und den Beherrschten war. Im RGASPI wurden Dokumente gefunden, die diese Frage beleuchten.

Im Frühjahr 1942 verbessert sich die Lebensmittelsituation in der Stadt. In diesem Zusammenhang beschloss die Stadtleitung, die Rationen zu erhöhen, was durch die Einführung von Sonderessensmarken umgesetzt wer-

den sollte. Schon bald erreichten die Stadtleitung die ersten Beschwerden. Im Februar 1943 erhielt Schdanow einen kollektiven Brief der Arbeiterinnen der Abteilung Nr. 3 der Fabrik Nr. 211, der mehrere Probleme thematisierte. «Die Rationen», schrieben die Arbeiterinnen, «die wir jetzt bekommen, sind noch ungenügend, aber wir könnten davon leben, wenn wir sie komplett erhalten würden. Aber das Problem ist, dass das alles veruntreut wird [...] man nimmt uns diese Gramme weg [...]». Die Vorwürfe galten der Belegschaft der Fabrikantine. Im Brief wurden die Unterschiede in der Lebensmittelversorgung zwischen einfachen Arbeiter\*innen und Führungskräften betont. «Unsere Chefs werden geradezu gemästet, sie bekommen wunderbare Mittagessen, ihnen fehlt es an nichts».

Die Arbeiterinnen forderten die Auswechslung der Besatzung der Fabrikantine. Das Wichtigste jedoch, worum sie baten, war «all diesen zusätzlichen Diät- und Aufbaukost-Marken ein Ende zu setzen, die nur Diebe hervorbringen, und stattdessen den Versorgungsstandard der Lebensmittelmarken für die Arbeiter zu erhöhen». Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass die Leitung der belagerten Stadt allem Anschein nach zusätzlich zu dem sehr bescheidenen und grundlegenden Lebensmittelversorgungssystem ein Belohnungssystem mit Extrarationen etabliert hatte. Dabei handelte es sich um ein intransparentes System, das sich gänzlich in den Händen eines engen, verschlossenen Kreises der Herrschenden befand.

Allerdings sollte auch der Gesamtkontext nicht aus den Augen geraten, dass die Versorgungsprobleme, auch im Lebensmittelbereich, nicht nur Leningrad betrafen. Selbst die Frontarmee befand sich zu diesem Zeitpunkt in einer sehr angespannten Lage, und das nicht nur am Leningrader Frontabschnitt. In den ersten Januar Tagen 1942 befasst sich die Hauptintendantur-Verwaltung der Roten Armee notfallmäßig mit der Versorgung der Truppen und der Lazarette im Kirow-Gebiet, die die für sie vorgesehenen Zuteilungen von Mehl, Grütze, Hafer und Heu nicht erhalten hatten. Wie aus dem Briefwechsel hervorgeht, waren die Eisenbahnen mit dem Umfang der Lieferungen überlastet.

## ALLTAGSLEBEN IN DER STADT

Im Winter 1941/42 brach die Leningrader Stadtinfrastruktur zusammen. In seinem Bericht an Schdanow, vom 6. April 1944, merkte Popkow an: «... die Möglichkeiten, die Werktätigen mit Wasser, Wärme und Licht zu versorgen, ebenso wie die regelmäßige Entsorgung von Abfall, Müll und Schnee mit Kommunalfahrzeugen sind bis aufs Äußerste eingeschränkt».

Die Zivilbevölkerung trug nicht nur zum Bau von Befestigungsanlagen bei. Der Dramatiker Wsewolod Wischnewski, der zum Leiter der operativen Schriftstellergruppe<sup>1</sup> ernannt wurde, schickte dem Chefredakteur der «Prawda» P. N. Pospelow im Februar 1942 eine Mitteilung, in der er unter anderem schrieb: «[...] die Bevölkerung überwindet langsam, durch unglaubliche Willensanstrengungen, die Kälte, den Hunger, den Tod [...]. Man reinigt die Bürgersteige, man schabt, man räumt den Schnee [...]. «Ordnung muss sein!»».

Im März und April beteiligten sich täglich über 300.000 Leningrader\*innen an der Stadtreinigung. In seinem Bericht teilte Popkow mit, dass 16.000 Innenhöfe, 27.000 Kanalisationsschächte sowie eine Straßenfläche von über drei Millionen Quadratmeter gereinigt wurden und circa eine Million Tonnen Abfälle, Müll und Schnee abtransportiert wurden, wobei über die Hälfte der Abfuhrarbeiten per Hand erledigt wurden. Zudem räumten die Bewohner\*innen Wohnungen und Gemeinschaftsräume eigenständig auf, richteten Hofaborte ein und wärmten Wasser- und Abwasserleitungen auf. Popkow setzte die Aufräumung der Stadt, die bis zum 1. Mai 1942 im Großen und Ganzen abgeschlossen war, in ihrer Bedeutung mit einem «großen Sieg an der Front» gleich.

Die Frage nach den Ursachen dieser kommunalen Katastrophe, deren Folgen sich nur durch solch riesige Anstrengungen in den Griff bekommen ließen, ist berechtigt. Als Hauptgrund sind die Zerstörungen durch Bombardierungen und Artilleriebeschüsse zu nennen. Während der Blockade wurden in der Stadt nach Angaben Popkows 1.152 Brände gemeldet. Nicht miteingerechnet sind darin die 16.000 durch Brandbomben verursachten Brände, die gelöscht werden konnten. Die offizielle Statistik verzeichnet 6.544 Fälle von Zerstörungen von Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden, 1.587 von Industriegebäuden, 624 von Wasserleitungen, 313 Schäden im Kanalisationsnetz, 2.037 in der Straßenbahninfrastruktur und 12.902 im Straßenbeleuchtungsnetz.

Zu einem der dringlichsten und schwierigsten Probleme des Stadtlebens wurde die Versorgung mit Brennmaterial. Leningrad war nicht nur von Lebensmittel-, sondern auch von Brennmateriallieferungen abgeschnitten, weshalb Holzbeschaffungsmaßnahmen getroffen wurden. 3000 Leningrader Arbeiter\*innen (überwiegend Frauen) wurden für die Holzernte in den Vororten mobilisiert. Holzzäune, Schuppen und Wohnhäuser wurden zu Brennholz verarbeitet. Auch im Herbst 1942 wurden entsprechende Abrissarbeiten fortgesetzt. Bis

<sup>1</sup> Anm. d. Übers.: Die sogenannte «operative Schriftstellergruppe» war der politischen Verwaltung der Baltischen Flotte unterstellt. Ihr Ziel war es, den Kampfegeist der Leningrader\*innen durch patriotische Schriften aufrechtzuerhalten.

zu 200.000 Personen waren daran beteiligt. Zudem wurden auch Maßnahmen zur Beschaffung von Brenntorf organisiert. Generell wurden auf «alle möglichen brennbaren Abfälle, diverse Harzarten und so weiter» zurückgegriffen.

Die Zivilbevölkerung Leningrads leistete auch einen unmittelbaren Beitrag zur militärischen Verteidigung der Stadt. Als Ergebnis der Bemühungen der Leningrader Parteiorganisationen, die Bevölkerung für die Rote Armee zu mobilisieren, wurde «eine 135.000 Mann starke Volksmiliz aus Freiwilligen» zusammengestellt. Außerdem wurden 67 Partisaneneinheiten (mit fast 3.000 Kämpfer\*innen) und Jagdkampfbataillone mit insgesamt 19.000 Soldat\*innen gebildet. Besonders hervorgehoben wird die Beteiligung von Frauen an den Kampfhandlungen. Wie anhand der Daten festgestellt werden konnte, wurden 33.250 Frauen in die Volksmiliz und in die Partisan\*inneneinheiten eingeteilt. Insgesamt wurden nach 15 Mobilmachungen 204.722 Leningrader Zivilist\*innen in diverse Armeeeinheiten eingeteilt.

## FAZIT

Leningrad war eine kämpfende, keine sterbende Stadt. Sie war kein Konzentrationslager, sondern eine belagerte Festung. Die Leningrader Bevölkerung, sowohl die Zivilbevölkerung als auch die Militärangehörigen, hat standgehalten und gesiegt, trotz aller widrigen Umstände, aller Niederlagen und Misserfolge, zu denen es in der Anfangsphase des Krieges gekommen war. Nach der Lektüre der Dokumente aus dem RGASPI-Archiv kann man ein besseres Verständnis dafür gewinnen, welche Faktoren zum Durchbruch geführt haben und was dazu beigetragen hat, das Land vor der drohenden Katastrophe zu bewahren, sodass man am Ende den großen und im Jahr 1941 noch unvorstellbaren Sieg feiern konnte. Wassili Kljutschewski hat vor hundert Jahren eine kluge Bemerkung zur geschichtlichen Erfahrung gemacht, die in unseren Zeiten, in denen in Russland ein reges Interesse für die Geschichtsschreibung und historische Prosa an den Tag gelegt wird, sich großer Beliebtheit erfreut: *Wenn die Geschichte überhaupt in der Lage ist, etwas zu lehren, dann ist es die Selbsterkenntnis und der klare Blick auf die Gegenwart.*